

09.03.95

Antrag

der Freien und Hansestadt Hamburg

zur

Entschließung des Bundesrates zur Stützung von Mehrwegsystemen bei
Getränkeverpackungen

- Antrag des Landes Baden-Württemberg -

Punkt 9 der 681. Sitzung des Bundesrates am 10. März 1995

Der Bundesrat möge beschließen:

Zu Teil II Nr. 4

In Teil II ist Nr. 4 wie folgt zu fassen:

'Getrnkemehrwegverpackungen sind vom Vertreiber mit dem Wort "Mehrweg",
Getrnkeeinwegverpackungen mit dem Wort "Einweg" zu kennzeichnen. Ver-
treiber sind verpflichtet, Getränkeverpackungen hinsichtlich der einge-
setzten Materialien zu kennzeichnen.

Zur Herstellung von Druckfarben und Additiven für die Anfertigung von
Verpackungen und Verpackungsbestandteilen dürfen Blei, Cadmium, Queck-
silber, Chrom VI und deren Verbindungen mit einer Konzentration von
insgesamt mehr als 100 ppm nicht verwendet werden.

Vertreiber von Mehrweggetrnkeverpackungen sind verpflichtet, nur stan-
dardisierte Systeme in Verkehr zu bringen.'

Ausgeliefert am 09. MRZ. 1995 ...

Begründung: (gegenüber dem Plenum)

Es dient der Kenntlichmachung für den Verbraucher, welches System ein Mehrwegsystem ist, da zunehmend Hersteller auf den Markt drängen, die Einwegsysteme als Mehrwegsysteme deklarieren (PET-Einwegsystem).

Die Materialkennzeichnung dient der sortenreinen Sortierung und Verwendung.

Diese Forderung dient der Reduktion von Schadstoffen in Verpackungen und erhöht damit die Wiederverwertungsmöglichkeit.

Standardisierte Systeme verstärken die Förderung des Einsatzes von Mehrwegsystemen.